

Antrag Nr. 19-F-21-0014

SPD,CDU, Grüne

Betreff:

Sachstand zur Mietpreisbremse für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 -

Antragstext:

Mit dem Beschluss Nr. 0377 vom 6. September 2018 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, die finanziellen Auswirkungen und Risiken einer Wiesbadener Mietpreisbremse für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften (Erhöhungen maximal ein Prozent pro Jahr) zu berechnen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie ist der Sachstand bezüglich der im Antrag beschlossenen Punkte?

Wiesbaden, 13.03.2019

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Alexander Hofmann
Fraktionsreferent
(SPD-Fraktion)

Wolfgang Gores
Stellv. Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Dr. Karina Strübbe
Fraktionsreferentin
(CDU-Fraktion)

Karl Braun
Fachsprecher
(Bündnis 90/Die Grünen)

Matthias Schulz
Fraktionsreferent
(Bündnis 90/Die Grünen)